

# Habeas Corpus Act 1679

## (31 Cha. II c. 2)

Aus dem Englischen übertragen von Ralph Glücksmann

Ein Gesetz zur besseren Sicherstellung der Freiheit der Untertanen und zur Überwachung der Verhaftungen in den überseeischen Besitzungen.

Nachdem große Verzögerungen dadurch verursacht worden sind, dass Sheriffs, Gefängniswärter und andere Beamte, denen irgendwelche Untertanen des Königs wegen Verbrechen oder mutmaßlichen Verbrechen zum Gewahrsam übergeben worden sind, die an sie gerichteten Habeas-Corpus-Erlasse zurückgesandt, einen und manchmal mehrere Alias- und Pluries-Habeas-Corpus-Erlasse ausstellt und mit anderen Ausflüchten gegen ihre Pflichten und die wohlbekannten Gesetze des Landes verstoßen haben und es am gebührenden Gehorsam gegenüber solchen Erlassen fehlen gelassen haben, sind viele Untertanen des Königs in Fällen, in denen sie gemäß Gesetz gegen Sicherheitsleistung hätten freigelassen werden müssen, zu ihrer großen Beschwer und ihrem Ärgernis lange Zeit im Gefängnis festgehalten worden und werden hiernach möglicherweise noch festgehalten.

II. Um dies zu verhüten und zum Zwecke der schnelleren Freilassung aller auf Grund solcher Verbrechen oder mutmaßlichen Verbrechen verhafteten Personen möge durch Ihre Erhabenste Königliche Majestät mit dem Rat und der Zustimmung der in diesem gegenwärtigen Parlament versammelten geistlichen und weltlichen Lords und Bürgerlichen und durch die Autorität des Parlaments folgendes verfügt werden: Wann immer eine Person einen an einen Sheriff, Gefängniswärter, Beamten oder an eine sonstige Person, in deren Gewahrsam sie sich befindet, gerichteten Habeas-Corpus-Erlass vorweist und der Erlass dem besagten Beamten überreicht oder im Gefängnis bei irgendeinem nachgeordneten Beamten oder Gefängniswärter oder Vertreter der besagten Beamten oder Gefängniswärter hinterlassen wird, sollen der besagte Beamte oder sein nachgeordneter Beamter, Gefängniswärter oder Vertreter den Gefangenen innerhalb von 3 Tagen nach der vorerwähnten Übergabe des Erlasses (sofern es sich nicht um eine Verhaftung wegen Hochverrats oder eines Schwerverbrechens handelt und dies im Haftbefehl klar und ausdrücklich erwähnt wird) in Person zu dem oder vor den derzeitigen Lordkanzler oder Lordsiegelbewahrer von England oder vor die Richter oder Barone des besagten Gerichtshofes, der den besagten Erlass ausgestellt hat, oder zu der oder vor diejenige Person, welcher der Erlass entsprechend der darin enthaltenen Anweisung wieder zurückgegeben werden muss, bringen oder bringen lassen, und zwar gegen Zahlung oder Angebot der Zahlung der Überführungskosten des Gefangenen, welche durch den Richter oder Gerichtshof, die sie zuerkennen, festgestellt und auf dem Erlass vermerkt werden müssen und 12 Pence pro Meile nicht übersteigen dürfen, und gegen Sicherheitsleistung durch einen von dem Gefangenen selbst in Höhe der Rückführungskosten ausgestellten Schuldschein, falls er von dem Gerichtshof oder Richter, vor den er gemäß der wahren Absicht dieses Gesetzes gebracht wird, in die Haft zurückverwiesen wird, sowie gegen die Versicherung, dass er auf dem Wege keinen Fluchtversuch unternimmt; und sie sollen dann auch die wahren Gründe seiner Verhaftung bescheinigen, es sei denn, die Verhaftung der besagten Partei ist an einem Orte erfolgt, der mehr als 20 Meilen von dem Ort entfernt ist, an dem ein solches Gericht oder eine solche Person wohnt oder wohnen wird; und wenn die Entfernung größer als 20 Meilen ist, jedoch 100 Meilen nicht überschreitet, muss dies innerhalb von spätestens 10 Tagen, wenn sie größer als 100 Meilen, innerhalb von spätestens 20 Tagen, nach der Übergabe des Erlasses geschehen.

III. Und mit dem Ziel, dass kein Sheriff, Gefängniswärter oder anderer Beamter Unkenntnis von der Wichtigkeit eines solchen Erlasses vorgeben kann, wird durch die vorerwähnte Autorität verfügt, dass alle diese Erlasse mit den Worten *Per statutum tricesimo primo Caroli*

*secundi Regis* versehen und von der Person unterzeichnet sein sollen, von welcher sie ausgehen; und falls eine Person in der vorerwähnten Art während der Ferienzeit wegen eines Deliktes inhaftiert worden ist, bei welchem es sich nicht um ein Schwerverbrechen oder Hochverrat handelt und dies im Haftbefehl klar und deutlich erwähnt wird, soll es für die verhaftete Person (außer einer verurteilten oder in Ausführung eines anderen rechtlichen Verfahrens befindlichen Person) oder für eine in ihrem Namen handelnde Person gesetzlich zulässig sein, Rechtsmittel bei dem Lordkanzler oder Lordsiegelbewahrer oder irgendeinem Richter seiner Majestät von dem einen oder dem anderen obersten Gericht oder bei den Baronen des Schatzamtes, die Mitglieder des *Order of the Coif* [einer Gemeinschaft von Rechtsgelehrten] sind, einzulegen; und die erwähnten Lordkanzler, Lordsiegelbewahrer, Richter oder Barone oder einer von ihnen werden nach Einsicht einer Abschrift des Haftbefehls oder aufgrund eines Eides, dass die Aushändigung einer solchen Abschrift durch die Person, in dessen Gewahrsam sich der Gefangene befindet, verweigert worden ist, hierdurch bevollmächtigt und aufgefordert, auf ein schriftliches Ersuchen dieser Person oder einer in ihrem Namen handelnden Person, bezeugt und unterschrieben von zwei Zeugen, die bei der Übergabe anwesend waren, einen Habeas-Corpus-Erlass unter dem Siegel desjenigen Gerichtes zu bewilligen und auszustellen, zu welchem sie gehören, und gerichtet an den Beamten, in dessen Gewahrsam sich die inhaftierte Partei befindet; und dieser Erlass soll unmittelbar darauf an den erwähnten Lordkanzler oder Lordsiegelbewahrer oder Richter seiner Majestät oder Baron, der Mitglied des *Order of the Coif* ist, der genannten Gerichtshöfe zurückgesandt werden; und nachdem der Auftrag darüber, wie oben gesagt ist, dem Beamten, seinem nachgeordneten Beamten, Gefängniswärter oder Vertreter, in dessen Gewahrsam sich die inhaftierte Partei befindet, vorgelegt worden ist, sollen sie diesen Gefangenen innerhalb der oben genannten Frist vor den erwähnten Lordkanzler oder Lordsiegelbewahrer oder Richter seiner Majestät oder Baron bringen, vor welchem der genannte Erlass wieder vorgelegt werden kann, und im Fall ihrer Abwesenheit vor einen anderen von diesen, mit dem Bericht über diesen Erlass und den wahren Gründen der Inhaftierung; und daraufhin soll der Inhaftierte innerhalb von zwei Tagen, nachdem er vor den erwähnten Lordkanzler oder Lordsiegelbewahrer oder Richter seiner Majestät oder Baron gebracht worden ist, von diesen unter der Auflage freigelassen werden, eine Sicherheit in Höhe einer in ihr Ermessen gestellten Summe unter Berücksichtigung der Bonität des Verhafteten und der Natur des Vergehens zu leisten, um sein Erscheinen vor dem Königlichen Gericht am nächsten Sitzungstag oder zur nächsten Schwurgerichtssitzung oder zur nächsten Sitzung der *Commission of Oyer and Terminer* oder der *Commission of General Gaol-Delivery* in der Grafschaft, Stadt oder Ortschaft sicherzustellen, wo das Vergehen begangen wurde, oder auch vor jedem anderen Gericht, wo das besagte Vergehen aufgrund der Umstände des Einzelfalls abgeurteilt werden soll; und dann soll das Gericht den besagten Erlass mit dem Bericht und den Auflagen für dasjenige Gericht bescheinigen, bei dem das Erscheinen zur Aburteilung letztlich erforderlich ist; es sei denn, der besagte Lordkanzler oder Lordsiegelbewahrer oder Richter seiner Majestät oder Baron kommt zu dem Schluss, dass die Partei aufgrund eines rechtmäßigen Verfahrens, Auftrags oder Haftbefehls eines Gerichtes verhaftet worden ist, welches die Zuständigkeit für Strafsachen besitzt, oder aufgrund eines Haftbefehls, der von einem der erwähnten Richter oder Barone oder einem Friedensrichter wegen eines Deliktes unterzeichnet und gesiegelt worden ist, für welches nach dem Gesetz eine Sicherheitsleistung nicht möglich ist.

IV. Ferner wird für alle Zeit verfügt, dass, wenn irgendeine Person es willentlich versäumt hat, während des Zeitraums von zwei ganzen Gerichtsterminen nach ihrer Verhaftung einen Habeas-Corpus-Erlass für sich zu erbitten, diese absichtlich säumige Person in der Ferienzeit keinen Habeas-Corpus-Erlass nach diesem Gesetz erhalten soll.

V. Und es soll ferner durch die vorerwähnte Autorität folgendes verfügt werden: Wenn irgendein Beamter oder ihm nachgeordneter Beamter oder Gefängniswärter oder Vertreter es unterlassen oder ablehnen sollte, die vorerwähnten Rücksendungen zu veranlassen oder den Gefangenen entsprechend der Anweisung des besagten Erlasses innerhalb der jeweiligen Frist

in Person vorzuführen, oder sich auf Verlangen des Gefangenen oder einer in seinem Namen handelnden Person weigern sollte, innerhalb von 6 Stunden nach diesem Verlangen eine wahrheitsgemäße Abschrift des Haftbefehls gegen den betreffenden Gefangenen auszuhändigen, sollen die Vorgesetzten der Wärter dieser Gefängnisse und andere Personen, in deren Gewahrsam der Gefangene festgehalten wird, für den ersten Verstoß eine Strafe von 100 Pfund und für den zweiten Verstoß eine Strafe von 200 Pfund an den Gefangenen oder die beschwerte Partei zahlen, und es soll ihnen außerdem unmöglich sein, ihr bisheriges Amt auszuüben; die Geldstrafen können von dem Gefangenen oder der beschwerten Partei, ihren Bevollmächtigten oder Verwaltern gegen die Täter, ihre Bevollmächtigten oder Verwalter in jeder Form bei jedem Königlichen Gericht in Westminster eingeklagt werden, wobei kein gerichtliches Hindernis, Schutz, Privileg noch das Anerbieten eines Eides, sich von der Schuldverpflichtung loszuschwören, noch der Stillstand des Verfahrens durch ein *Non vult ulterius prosequi* oder auf andere Art zugelassen oder erlaubt sein soll, außer der Bitte um einen kurzen Aufschub zur Überlegung; und jede Wiedererlangung oder jedes Urteil in Folge des Verfahrens einer belasteten Partei soll als eine ausreichende Überführung für den ersten Verstoß gelten; und jede weitere Wiedererlangung oder jedes weitere Urteil in Folge des Verfahrens einer belasteten Partei nach dem ersten Verstoß soll als eine ausreichende Überführung der Beamten oder Personen für den zweiten Verstoß gelten.

VI. Und um jeder ungerechten Belastung durch wiederholte Verhaftungen für dasselbe Vergehen zuvorzukommen, wird durch die vorerwähnte Autorität verfügt, dass keine Person, welche auf Grund eines Habeas-Corpus-Erlasses freigegeben und auf freien Fuß gesetzt worden ist, zu irgendeinem späteren Zeitpunkt von irgendjemandem wegen desselben Vergehens erneut verhaftet werden darf, es sei denn auf den gesetzmäßigen Befehl und die Anordnung desjenigen Gerichtshofes, vor welchem sie auf Grund schriftlicher Verpflichtung zu erscheinen gebunden ist, oder vor einem anderen zuständigen Gerichtshof; und wenn irgendeine andere Person wissentlich gegen dieses Gesetz die Wiederverhaftung eines auf die vorhin erwähnte Weise aus dem Gefängnis Entlassenen anordnen oder absichtlich veranlassen sollte, dass dieser für dasselbe Vergehen erneut verhaftet oder im Gefängnis festgehalten wird oder wissentlich Hilfe oder Beistand dazu leistet, so verwirkt sie zugunsten des Gefangenen oder der belasteten Partei ungeachtet irgendwelcher Vorspiegelungen oder Veränderungen des Haftbefehls die Summe von 500 Pfund, die auf die vorerwähnte Weise einzuklagen ist.

VII. Es wird für alle Zeit vorgesehen und weiterhin verfügt, dass, wenn eine Person wegen Hochverrats oder eines Schwerverbrechens verhaftet worden ist und dies im Haftbefehl klar und ausdrücklich erwähnt wird, dieselbe auf ihr Ersuchen in offener Sitzung in der ersten Woche der Gerichtssitzung oder am ersten Tag der Sitzung der *Commission of Oyer and Terminer* oder der *Commission of General Gaol-Delivery* sofort vor Gericht gestellt werden soll und nicht erst in der nächsten Gerichtssitzung, der nächsten Sitzung der *Commission of Oyer and Terminer* oder der *Commission of General Gaol-Delivery*; es soll aber weiterhin für die Richter des königlichen Gerichts und der *Commission of Oyer and Terminer* und der *Commission of General Gaol-Delivery* gesetzlich zulässig sein, und sie werden hierzu aufgefordert, auf einen Antrag, der an sie in offener Sitzung am letzten Tag der Gerichtssitzung, der Sitzung der *Commission of Oyer and Terminer* und der *Commission of General Gaol-Delivery* gerichtet wird, sei es von dem Gefangenen oder von einer in seinem Namen handelnden Person, den Gefangenen gegen Sicherheitsleistung in Freiheit zu setzen, es sei denn, die Richter kommen aufgrund eines geleisteten Eides zu dem Schluss, dass die Zeugen der Krone nicht mehr rechtzeitig zu diesem Termin erscheinen können; und wenn eine inhaftierte Person auf ihr Ersuchen, in offener Sitzung in der ersten Woche der Gerichtssitzung oder am ersten Tag der Sitzung der *Commission of Oyer and Terminer* oder der *Commission of General Gaol-Delivery* vor Gericht gestellt zu werden, auch nicht in der zweiten Gerichtssitzung oder zweiten Sitzung der *Commission of Oyer and Terminer* oder der *Commission of General Gaol-Delivery* nach solcher Verhaftung vor ihr Gericht gestellt wird, soll sie aus der Haft entlassen werden.

VIII. Es wird ferner vorgesehen, dass sich keine Bestimmung in diesem Gesetz auf die Freilassung einer Person aus dem Gefängnis erstrecken soll, die wegen Schulden oder eines anderen Zivilrechtsfalls verhaftet worden ist, sondern sie soll vielmehr nach ihrer Freilassung wegen eines strafrechtlichen Vergehens für dergleichen andere Rechtsfälle in Übereinstimmung mit dem Recht in Haft bleiben.

IX. Es wird für alle Zeit vorgesehen und durch die vorerwähnte Autorität verfügt, dass, wenn irgendeine Person, Untertan dieses Königreichs, von irgendeinem Beamten wegen einer Straftat oder des Verdachts einer Straftat inhaftiert worden ist, diese Person nicht aus dieser Haft entlassen und in den Gewahrsam eines anderen Beamten überstellt werden soll, es sei denn, durch einen Habeas-Corpus-Erlass oder einen anderen rechtmäßigen Erlass, oder wenn der Inhaftierte an einen Wachtmeister oder einen anderen untergeordneten Beamten zur Überstellung in ein allgemeines Gefängnis übergeben wird, oder wenn eine Person auf Anordnung eines Richters des Schwurgerichts oder eines Friedensrichters in ein allgemeines Arbeitshaus oder in eine Besserungsanstalt geschickt wird, oder wenn der Inhaftierte von einem Gefängnis in ein anderes innerhalb derselben Grafschaft verlegt wird, um ihn im Zuge eines ordnungsgemäßen Verfahrensablaufs vor Gericht zu stellen, oder im Falle eines plötzlichen Feuers oder einer Epidemie oder eines anderen Notstandes; und wenn irgendeine Person nach einer solchen Inhaftierung einen Haftbefehl für eine solche Entlassung und Überstellung gegen die Vorschriften dieses Gesetzes ausstellt, unterzeichnet oder gegenzeichnet, so soll sie, ebenso wie der Beamte, welcher demselben Folge leistet, die in diesem Gesetz oben erwähnten Strafen und Verluste für den ersten und zweiten Verstoß [V.] erleiden, die auf die vorerwähnte Weise von der belasteten Partei einzuklagen sind.

X. Es wird auch vorgesehen und durch die vorerwähnte Autorität weiterhin verfügt, dass es für jeden Gefangenen gesetzlich zulässig sein soll, einen Habeas-Corpus-Erlass zu beantragen und zu erhalten, und zwar sowohl beim Obersten Kanzleigericht [*High Court of Chancery*] oder dem Gericht des Schatzamtes [*Court of Exchequer*] als auch beim Königlichen Gericht [*Courts of King's Bench*] oder dem Gericht für allgemeine Klagen [*Courts of Common Pleas*]; und wenn der erwähnte Lordkanzler oder Lordsiegelbewahrer oder irgendein Richter oder Baron, der Mitglied des *Order of the Coif* ist, der vorgenannten Gerichte in der Ferienzeit nach Einsicht einer Abschrift des Haftbefehls oder aufgrund eines Eides, dass die Aushändigung einer solchen Abschrift verweigert worden ist, den begehrten Habeas-Corpus-Erlass nach diesem Gesetz verweigert, so verwirkt jeder für sich zugunsten des Gefangenen oder der belasteten Partei die Summe von 500 Pfund, die auf die vorerwähnte Weise einzuklagen ist.

XI. Und es wird ferner durch die vorerwähnte Autorität festgesetzt und verfügt, dass ein Habeas-Corpus-Erlass nach dem wahren Sinn und Zweck dieses Gesetzes auch gerichtet und erlassen werden darf an einen Pfalzgrafen [Durham und Chester waren Pfalzgrafschaften], an die *Cinque Ports* [ein Städtebund der fünf Häfen Dover, Sandwich, Rumney, Winchelsea und Rye] oder an andere privilegierte Orte innerhalb des Königreichs England, des Herrschaftsgebietes Wales oder der Stadt Berwick upon Tweed und der Inseln Jersey oder Guernsey, ungeachtet entgegenstehender Gesetze oder Gebräuche.

XII. Und um die ungesetzmäßigen Verhaftungen in den überseeischen Besitzungen zu unterbinden, wird ferner durch die vorerwähnte Autorität verfügt, dass kein Untertan aus diesem Königreich, welcher jetzt oder in Zukunft ein Einwohner des Königreichs England, des Herrschaftsgebietes Wales oder der Stadt Berwick upon Tweed ist, als Gefangener nach Schottland, Irland, Jersey, Guernsey, Tanger oder in eine Garnison, auf eine Insel oder in einen Ort in den überseeischen Besitzungen überstellt werden darf, gleichgültig, ob diese jetzt oder in Zukunft innerhalb oder außerhalb des Herrschaftsgebietes seiner Majestät, seiner Erben oder Nachfolger liegen; und dass jede solche Inhaftierung ungesetzmäßig ist; und dass, wenn irgendeiner der genannten Untertanen jetzt oder in Zukunft auf diese Weise inhaftiert werden sollte, diese Person wegen einer solchen Inhaftierung nach Maßgabe dieses Gesetzes Klage wegen unrechtmäßiger Verhaftung vor jedem Gericht seiner Majestät führen kann, bei dem

Verfahrensakten angelegt werden, und zwar gegen diejenigen Personen, durch welche die Betroffenen gegen den wahren Sinn und Zweck dieses Gesetzes verhaftet, ins Gefängnis geworfen oder als Verhaftete deportiert worden sind, und gegen alle diejenigen Personen, welche einen Haftbefehl oder Schriftsatz für eine solche Verhaftung oder Deportation entwerfen, ausarbeiten, schreiben, siegeln oder unterzeichnen oder dabei beraten, helfen oder mitwirken; und der Kläger soll in jedem solchen Verfahren ein Urteil erhalten und neben dem Ersatz seines Schadens seine dreifachen Kosten, wobei der Schadenersatz nicht unter 500 Pfund liegen soll; bei diesem Verfahren soll keine Verzögerung durch eine Verfahrensregel, Anordnung oder Anweisung erlaubt sein, noch durch einen Zwischenbescheid, Protektion oder irgendein Privileg, außer das Ersuchen um einen kurzen Aufschub zur Überlegung und mit Ausnahme solcher Verfahrensregeln des angerufenen Gerichts, die in offener Sitzung gefertigt, als notwendig für besondere Fälle erachtet und in den erwähnten Verfahrensregeln als solche bezeichnet sind; und diejenigen Personen, welche wissentlich einen Haftbefehl für eine solche Verhaftung oder Deportation entwerfen, ausarbeiten, schreiben, siegeln oder unterzeichnen und auf diese Weise eine Person gegen den wahren Sinn und Zweck dieses Gesetzes verhaften, ins Gefängnis werfen oder als Verhaftete deportieren oder dabei beraten, helfen oder mitwirken, sollen, wenn sie deswegen rechtmäßig verurteilt sind, von da an für unfähig erachtet werden, innerhalb des Königreichs England, des Herrschaftsgebietes Wales oder der Stadt Berwick upon Tweed oder der dazugehörigen Inseln, Besitzungen oder Herrschaftsgebiete ein Amt zu bekleiden, welches Vertrauen erfordert oder Vorteile verspricht; und sie sollen die Strafen und Verluste erleiden, die im *Statute of Provision and Praemunire* aus dem sechzehnten Regierungsjahr des Königs Richard II. vorgesehen sind; und sie sollen unfähig sein, von dem König, seinen Erben oder Nachfolgern eine Befreiung von diesen Strafen, Verlusten oder Unfähigkeiten zu erlangen.

XIII. Es wird für alle Zeit vorgesehen, dass keine Bestimmung in diesem Gesetz zum Vorteil irgendeiner Person angewandt werden soll, welche sich durch einen schriftlichen Vertrag mit einem Kaufmann oder Plantagenbesitzer oder sonst irgendeiner Person verpflichtet hat, in die überseeischen Besitzungen überführt zu werden und aufgrund dieser Vereinbarung ein Handgeld erhalten hat, obwohl diese Person später von dem Vertrag Abstand nehmen will.

XIV. Es wird für alle Zeit vorgesehen, dass, wenn eine wegen eines Schwerverbrechens rechtmäßig verurteilte Person in offener Sitzung darum ersucht, in die überseeischen Besitzungen gebracht zu werden, und das Gericht es für sachdienlich hält, sie aus diesem Grund im Gefängnis zu belassen, solche Personen in alle überseeischen Besitzungen gebracht werden dürfen, ohne dass dieses Gesetz oder eine darin enthaltene Bestimmung dem entgegenstehen soll.

XV. Es wird auch vorgesehen und verfügt, dass keine in diesem Gesetz enthaltene Bestimmung gelten und angewandt werden soll auf eine vor dem ersten Tag des Juni 1679 erfolgte Verhaftung einer Person oder auf irgendeine andere Sache, die in Bezug zu einer solchen Verhaftung steht, ohne dass eine in diesem Gesetz enthaltene Bestimmung dem entgegenstehen soll.

XVI. Es wird auch vorgesehen, dass, wenn irgendeine Person zu irgendeiner Zeit in diesem Königreich wohnhaft ist und in Schottland oder Irland oder auf einer der Inseln oder auswärtigen Plantagen des Königs, seiner Erben oder Nachfolger ein Schwerverbrechen begangen haben sollte und dort vor Gericht gestellt werden müsste, diese Person zur Gerichtsverhandlung an solchen Ort überstellt werden darf, auf dieselbe Art und Weise, wie es vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes üblich war, ohne dass eine in diesem Gesetz enthaltene Bestimmung dem entgegenstehen soll.

XVII. Es wird auch vorgesehen und verfügt, dass keine Person wegen eines Verstoßes gegen dieses Gesetz verklagt, vor Gericht gestellt oder belästigt werden soll, sofern sie nicht innerhalb von zwei Jahren, nachdem die Tat begangen worden sein soll, verklagt oder vor Gericht gestellt worden ist, falls die beeinträchtigte Partei dann nicht mehr im Gefängnis sein sollte;

und wenn sie noch im Gefängnis sein sollte, dann innerhalb von zwei Jahren nach ihrem Ableben oder ihrer Freilassung aus dem Gefängnis, was immer zuerst geschehen sollte.

XVIII. Und mit dem Ziel, dass keine Person sich ihrem Prozess vor dem Schwurgericht oder der *Commission of General Gaol-Delivery* entziehen darf, indem sie ihre Freilassung zu solcher Zeit vor der Eröffnung der Schwurgerichtssitzung zu veranlassen sucht, dass sie nicht dorthin gebracht werden kann, um ihr richterliches Urteil zu empfangen, wird verfügt, dass nach der öffentlichen Bekanntmachung der Schwurgerichtssitzung für die Grafschaft, in der der Gefangene inhaftiert ist, niemand mehr aus dem allgemeinen Gefängnis aufgrund eines Habeas-Corpus-Erlasses nach diesem Gesetz entlassen werden darf, sondern er soll auf einen solchen Habeas-Corpus-Erlass hin vor den Richter des Schwurgerichts in offener Sitzung geführt werden, der daraufhin handeln soll, wie es der Gerechtigkeit gebührt.

XIX. Nichtsdestoweniger wird vorgesehen, dass nach einer Schwurgerichtssitzung jede verhaftete Person ihren Habeas-Corpus-Erlass entsprechend dem Sinn und Zweck dieses Gesetzes erhalten kann.

XX. Und es wird auch durch die vorerwähnte Autorität verfügt, dass, wenn irgendeine Anzeige, gerichtliche Verfolgung oder Klage gegen eine Person wegen eines Verstoßes gegen den Inhalt dieses Gesetzes angebracht werden sollte, es für den Angeklagten gesetzlich zulässig sein soll, sich am Ende der Verhandlung für nicht schuldig zu bekennen oder vorzubringen, dass er es nicht nötig hätte, der Jury solche speziellen Beweise zu liefern, sondern dass diese es selbst versuchen möge, ob der Vorwurf richtig ist und ein nach dem Gesetz ausreichender Beweis vorliegt, um den Angeklagten von den Vorwürfen zu entlasten, und diese Beweisführung soll ihm dann für alle Ziele und Zwecke zur Verfügung stehen, so als wenn er ausreichend vor Gericht plädiert oder sich ausreichend gegen die Vorwürfe verteidigt hätte.

XXI. Und da bisweilen manche Personen wegen eines einfachen Verrats oder Verbrechens [*Petty Treason or Felony*] oder Beihilfe zu diesen Taten nur auf Verdacht verhaftet werden, woraufhin dann die Erlaubnis zur Sicherheitsleistung gegeben oder verweigert werden kann, wie es die mehr oder weniger schweren Verdachtsmomente bedingen, die den Friedensrichtern, welche die Personen verhaftet haben und die Untersuchungen leiten, oder den anderen Friedensrichtern in der Grafschaft bestens bekannt sind, wird hierdurch verfügt, dass in Fällen, in denen eine Person erscheinen soll, um von irgendeinem Friedensrichter verhaftet und wegen Beihilfe zu einem einfachen Verrat oder Verbrechen oder des Verdachtes der Beihilfe oder wegen eines einfachen Verrats oder Verbrechens angeklagt zu werden, dieser Vorwurf klar und ausdrücklich in dem Haftbefehl erwähnt werden soll, und dass solche Personen nicht aufgrund dieses Gesetzes oder auf irgendeine andere Weise entlassen oder gegen Sicherheitsleistung freigesetzt werden sollen, als vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes.

## **Habeas Corpus Act 1679** **(31 Cha. II c. 2)**

Englischer Originaltext

An act for the better securing the liberty of the subject, and for prevention of imprisonments beyond the seas.

WHEREAS great delays have been used by sheriffs, gaolers and other officers, to whose custody any of the King's subjects have been committed for criminal or supposed criminal matters, in making returns of writs of habeas corpus to them directed, by standing out an alias and pluries habeas corpus, and sometimes more, and by other shifts to avoid their yielding

obedience to such writs, contrary to their duty and the known laws of the land, whereby many of the King's subjects have been and hereafter may be long detained in prison, in such cases where by law they areailable, to their great charges and vexation.

II. For the prevention whereof, and the more speedy relief of all persons imprisoned for any such criminal or supposed criminal matters; be it enacted by the Kings most excellent majesty, by and with the advice and consent of the lords spiritual and temporal, and commons, in this present parliament assembled, and by the authority thereof, That whensoever any person or persons shall bring any habeas corpus directed unto any sheriff or sheriffs, goaler, minister or other person whatsoever, for any person in his or their custody, and the said writ shall be served upon the said officer, or left at the gaol or prison with any of the under-officers, under-keepers or deputy of the said officers or keepers, that the said officer or officers, his or their under-officers, under-keepers or deputies, shall within three days after the service thereof as aforesaid (unless the commitment aforesaid were for treason or felony, plainly and specially expressed in the warrant of commitment) upon payment or tender of the charges of bringing the said prisoner, to be ascertained by the judge or court that awarded the same, and endorsed upon the said writ, not exceeding twelve pence per mile, and upon security given by his own bond to pay the charges of carrying back the prisoner, if he shall be remanded by the court or judge to which he shall be brought according to the true intent of this present act, and that he will not make any escape by the way, make return of such writ; and bring or cause to be brought the body of the party so committed or restrained, unto or before the lord chancellor, or lord keeper of the great seal of England for the time being, or the judges or barons of the said court from whence the said writ shall issue, or unto and before such other person or persons before whom the said writ is made returnable, according to the command thereof; and shall then likewise certify the true causes of his detainer or imprisonment, unless the commitment of the said party be in any place beyond the distance of twenty miles from the place or places where such court or person is or shall be residing; and if beyond the distance of twenty miles, and not above one hundred miles, then within the space of ten days, and if beyond the distance of one hundred miles, then within the space of twenty days, after such delivery aforesaid, and not longer.

III. And to the intent that no sheriff, gaoler or other officer may pretend ignorance of the import of any such writ; be it enacted by the authority aforesaid, That all such writs shall be marked in this manner, *Per statutum tricesimo primo Caroli secundi Regis*, and shall be signed by the person that awards the same; and if any person or persons shall be or stand committed or detained as aforesaid, for any crime, unless for felony or treason plainly expressed in the warrant of commitment, in the vacation-time, and out of term, it shall and may be lawful to and for the person or persons so committed or detained (other than persons convict or in execution by legal process) or any one on his or their behalf, to appeal or complain to the lord chancellor or lord keeper, or any one of his Majesty's justices, either of the one bench or of the other, or the barons of the exchequer of the degree of the coif; and the said lord chancellor, lord keeper, justices or barons or any of them, upon view of the copy or copies of the warrant or warrants of commitment and detainer, or otherwise upon oath made that such copy or copies were denied to be given by such person or persons in whose custody the prisoner or prisoners is or are detained, are hereby authorized and required, upon request made in writing by such person or persons, or any on his, her or their behalf, attested and subscribed by two witnesses who were present at the delivery of the same, to award and grant an habeas corpus under the seal of such court whereof he shall then be one of the judges, to be directed to the officer or officers in whose custody the party so committed or detained shall be, returnable immediate before the said lord chancellor or lord keeper, or such justice, baron or any other justice or baron of the degree of the coif of any of the said courts, and upon service thereof as aforesaid, the officer or officers, his or their under-officer or under-officers, under-keeper or under-keepers, or their deputy, in whose custody the party is so committed or detained, shall within the times respectively before limited, bring such prisoner or prisoners before the said

lord chancellor or lord keeper, or such justices, barons or one of them, before whom the said writ is made returnable, and in case of his absence before any other of them, with the return of such writ, and the true causes of the commitment and detainer; and thereupon within two days after the party shall be brought before them, the said lord chancellor or lord keeper, or such justice or baron before whom the prisoner shall be brought as aforesaid, shall discharge the said prisoner from his imprisonment, taking his or their recognizance, with one or more surety or sureties, in any sum according to their discretions, having regard to the quality of the prisoner and nature of the offence, for his or their appearance in the court of King's bench the term following, or at the next assizes, sessions or general gaol-delivery of and for such county, city or place where the commitment was, or where the offence was committed, or in such other court where the said offence is properly cognizable, as the case shall require, and then shall certify the said writ with the return thereof, and the said recognizance or recognizances into the said court where such appearance is to be made; unless it shall appear unto the said lord chancellor or lord keeper, or justice or justices, or baron or barons, that the party so committed is detained upon a legal process, order or warrant, out of some court that hath jurisdiction of criminal matters, or by some warrant signed and sealed with the hand and seal of any of the said justices or barons, or some justice or justices of the peace, for such matters or offences for the which by the law the prisoner is not bailable.

IV. Provided always, and be it enacted, That if any person shall have wilfully neglected by the space of two whole terms after his imprisonment, to pray a habeas corpus for his enlargement, such person so wilfully neglecting shall not have any habeas corpus to be granted in vacation-time, in pursuance of this act.

V. And be it further enacted by the authority aforesaid, That if any officer or officers, his or their under-officer or under-officers, under-keeper or under-keepers, or deputy, shall neglect or refuse to make the returns aforesaid, or to bring the body or bodies of the prisoner or prisoners according to the command of the said writ, within the respective times aforesaid, or upon demand made by the prisoner or person in his behalf, shall refuse to deliver, or within the space of six hours after demand shall not deliver, to the person so demanding, a true copy of the warrant or warrants of commitment and detainer of such prisoner, which he and they are hereby required to deliver accordingly, all and every the head gaolers and keepers of such prisons, and such other person in whose custody the prisoner shall be detained, shall for the first offence forfeit to the prisoner or party grieved the sum of one hundred pounds; and for the second offence the sum of two hundred pounds, and shall and is hereby made incapable to hold or execute his said office; the said penalties to be recovered by the prisoner or party grieved, his executors or administrators, against such offender, his executors or administrators, by any action of debt, suit, bill, plaint or information, in any of the King's courts at Westminster, wherein no essoin, protection, privilege, injunction, wager of law, or stay of prosecution by Non vult ulterius prosequi, or otherwise, shall be admitted or allowed, or any more than one imparlance; and any recovery or judgment at the suit of any party grieved, shall be a sufficient conviction for the first offence; and any after recovery or judgment at the suit of a party grieved for any offence after the first judgment, shall be a sufficient conviction to bring the officers or person within the said penalty for the second offence.

VI. And for the prevention of unjust vexation by reiterated commitments for the same offence; be it enacted by the authority aforesaid, That no person or persons which shall be delivered or set at large upon any habeas corpus, shall at any time hereafter be again imprisoned or committed for the same offence by any person or persons whatsoever, other than by the legal order and process of such court wherein he or they shall be bound by recognizance to appear, or other court having jurisdiction of the cause; and if any other person or persons shall knowingly contrary to this act recommit or imprison, or knowingly procure or cause to be recommitted or imprisoned, for the same offence or pretended offence, any person or persons delivered or set at large as aforesaid, or be knowingly aiding or assisting therein, then he or

they shall forfeit to the prisoner or party grieved the sum of five hundred pounds; any colourable pretence or variation in the warrant or warrants of commitment notwithstanding, to be recovered as aforesaid.

VII. Provided always, and be it further enacted, That if any person or persons shall be committed for high treason or felony, plainly and specially expressed in the warrant of commitment, upon his prayer or petition in open court the first week of the term, or first day of the sessions of oyer and terminer or general gaol-delivery, to be brought to his trial, shall not be indicted some time in the next term, sessions of oyer and terminer or general gaol-delivery, after such commitment; it shall and may be lawful to and for the judges of the court of King's bench and justices of oyer and terminer or general gaol-delivery, and they are hereby required, upon motion to them made in open court the last day of the term, sessions or gaol-delivery, either by the prisoner or any one in his behalf, to set at liberty the prisoner upon bail, unless it appear to the judges and justices upon oath made, that the witnesses for the King could not be produced the same term, sessions or general gaol-delivery; and if any person or persons committed as aforesaid, upon his prayer or petition in open court the first week of the term or first day of the sessions of oyer and terminer and general gaol-delivery, to be brought to his trial, shall not be indicted and tried the second term, sessions of oyer and terminer or general gaol-delivery, after his commitment, or upon his trial shall be acquitted, he shall be discharged from his imprisonment.

VIII. Provided always, That nothing in this act shall extend to discharge out of prison any person charged in debt, or other action, or with process in any civil cause, but that after he shall be discharged of his imprisonment for such his criminal offence, he shall be kept in custody according to the law, for such other suit.

IX. Provided always, and be it enacted by the authority aforesaid, That if any person or persons, subjects of this realm, shall be committed to any prison or in custody of any officer or officers whatsoever, for any criminal or supposed criminal matter, that the said person shall not be removed from the said prison and custody into the custody of any other officer or officers; unless it be by habeas corpus or some other legal writ; or where the prisoner is delivered to the constable or other inferior officer to carry such prisoner to some common gaol; or where any person is sent by order of any judge of assize or justice of the peace, to any common workhouse or house of correction; or where the prisoner is removed from one prison or place to another within the same county, in order to his or her trial or discharge in due course of law; or in case of sudden fire or infection, or other necessity; and if any person or persons shall after such commitment aforesaid make out and sign, or countersign any warrant or warrants for such removal aforesaid, contrary to this act; as well he that makes or signs, or countersigns such warrant or warrants, as the officer or officers that obey or execute the same, shall suffer and incur the pains and forfeitures in this act before mentioned, both for the first and second offence respectively, to be recovered in manner aforesaid by the party grieved.

X. Provided also, and be it further enacted by the authority aforesaid, That it shall and may be lawful to and for any prisoner and prisoners as aforesaid, to move and obtain his or their habeas corpus as well out of the high court of chancery or court of exchequer, as out of the courts of King's bench or common pleas, or either of them; and if the said lord chancellor or lord keeper, or any judge or judges, baron or barons for the time being, of the degree of the coif, of any of the courts aforesaid, in the vacation time, upon view of the copy or copies of the warrant or warrants of commitment or detainer, or upon oath made that such copy or copies were denied as aforesaid, shall deny any writ of habeas corpus by this act required to be granted, being moved for as aforesaid, they shall severally forfeit to the prisoner or party grieved the sum of five hundred pounds, to be recovered in manner aforesaid.

XI. And be it declared and enacted by the authority aforesaid, That an habeas corpus according to the true intent and meaning of this act, may be directed and run into any county

palatine, the cinque-ports, or other privileged places within the kingdom of England, dominion of Wales, or town of Berwick upon Tweed, and the islands of Jersey or Guernsey; any law or usage to the contrary notwithstanding.

XII. And for preventing illegal imprisonments in prisons beyond the seas; be it further enacted by the authority aforesaid, That no subject of this realm that now is, or hereafter shall be an inhabitant or resident of this kingdom of England, dominion of Wales, or town of Berwick upon Tweed, shall or may be sent prisoner into Scotland, Ireland, Jersey, Guernsey, Tangier, or into parts, garrisons, islands or places beyond the seas, which are or at any time hereafter shall be within or without the dominions of his Majesty, his heirs or successors; and that every such imprisonment is hereby enacted and adjudged to be illegal; and that if any of the said subjects now is or hereafter shall be so imprisoned, every such person and persons so imprisoned, shall and may for every such imprisonment maintain by virtue of this act an action or actions of false imprisonment, in any of his Majesty's courts of record, against the person or persons by whom he or she shall be so committed, detained, imprisoned, sent prisoner or transported, contrary to the true meaning of this act, and against all or any person or persons that shall frame, contrive, write, seal or countersign any warrant or writing for such commitment, detainer, imprisonment or transportation, or shall be advising, aiding or assisting, in the same, or any of them; and the plaintiff in every such action shall have judgment to recover his treble costs, besides damages, which damages so to be given, shall not be less than five hundred pounds; in which action no delay stay or stop of proceeding by rule, order or command, nor no injunction, protection or privilege whatsoever, nor any more than one imparlance shall be allowed, excepting such rule of the court wherein the action shall depend, made in open court, as shall be thought in justice necessary, for special cause to be expressed in the said rule; and the person or persons who shall knowingly frame, contrive, write, seal or countersign any warrant for such commitment, detainer or transportation, or shall so commit, detain, imprison or transport any person or persons contrary to this act, or be in any ways advising, aiding or assisting therein, being lawfully convicted thereof, shall be disabled from thenceforth to bear any office of trust or profit within the said realm of England, dominion of Wales, or town of Berwick upon Tweed, or any of the islands, territories or dominions thereunto belonging; and shall incur and sustain the pains, penalties and forfeitures limited, ordained and provided in and by the statute of provision and praemunire made in the sixteenth year of King Richard the Second; and be incapable of any pardon from the King, his heirs or successors, of the said forfeitures, losses or disabilities, or any of them.

XIII. Provided always, That nothing in this act shall extend to give benefit to any person who shall by contract in writing agree with any merchant or owner of any plantation, or other person whatsoever, to be transported to any parts beyond the seas, and receive earnest upon such agreement, although that afterwards such person shall renounce such contract.

XIV. Provided always, and be it enacted, That if any person or persons lawfully convicted of any felony, shall in open court pray to be transported beyond the seas, and the court shall think fit to leave him or them in prison for that purpose, such person or persons may be transported into any parts beyond the seas, this act or any thing therein contained to the contrary notwithstanding.

XV. Provided also, and be it enacted, That nothing herein contained shall be deemed, construed or taken, to extend to the imprisonment of any person before the first day of June one thousand six hundred seventy and nine, or to any thing advised, procured, or otherwise done, relating to such imprisonment; any thing herein contained to the contrary notwithstanding.

XVI. Provided also, That if any person or persons at any time resident in this realm, shall have committed any capital offence in Scotland or Ireland, or any of the islands, or foreign plantations of the King, his heirs or successors, where he or she ought to be tried for such

offence, such person or persons may be sent to such place, there to receive such trial, in such manner as the same might have been used before the making of this act; any thing herein contained to the contrary notwithstanding.

XVII. Provided also, and be it enacted, That no person or persons shall be sued, impleaded, molested, or troubled for any offence against this act, unless the party offending be sued or impleaded for the same within two years at the most after such time wherein the offence shall be committed, in case the party grieved shall not be then in prison; and if he shall be in prison, then within the space of two years after the decease of the person imprisoned, or his or her delivery out of prison, which shall first happen.

XVIII. And to the intent no person may avoid his trial at the assizes or general gaol-delivery, by procuring his removal before the assizes, at such time as he cannot be brought back to receive his trial there; be it enacted, That after the assizes proclaimed for that county where the prisoner is detained, no person shall be removed from the common gaol upon any habeas corpus granted in pursuance of this act, but upon any such habeas corpus shall be brought before the judge of assize in open court, who is thereupon to do what to justice shall appertain.

XIX. Provided nevertheless, That after the assizes are ended, any person or persons detained, may have his or her habeas corpus according to the direction and intention of this act.

XX. And be it also enacted by the authority aforesaid, That if any information, suit or action shall be brought or exhibited against any person or persons for any offence committed or to be committed against the form of this law, it shall be lawful for such defendants to plead the general issue, that they are not guilty, or that they owe nothing, and to give such special matter in evidence to the jury that shall try the same, which matter being pleaded had been good and sufficient matter in law to have discharged the said defendant or defendants against the said information, suit or action, and the said matter shall be then as available to him or them, to all intents and purposes, as if he or they had sufficiently pleaded, set forth or alledged the same matter in bar or discharge of such information, suit or action.

XXI. And because many times persons charged with petty treason or felony, or as accessaries thereunto, are committed upon suspicion only, whereupon they areailable, or not, according as the circumstances making out that suspicion are more or less weighty, which are best known to the justices of peace that committed the persons, and have the examinations before them, or to other justices of the peace in the county; be it therefore enacted, That where any person shall appear to be committed by any judge or justice of the peace and charged as accessory before the fact, to any petty treason or felony, or upon suspicion thereof, or with suspicion of petty treason or felony, which petty treason or felony shall be plainly and specially expressed in the warrant of commitment, that such person shall not be removed or bailed by virtue of this act, or in any other manner than they might have been before the making of this act.

[Quelle: Wikisource]